

Entschulung – ein Reform- oder Revolutionsprogramm?

Zur Illich-Interpretation von Hartmut von Hentig

Über Ivan Illichs vieldiskutierte Thesen und Prognosen über eine Entschulung der Gesellschaft hat diese Zeitschrift bereits vor zwei Jahren berichtet (vgl. HK, April 1970, 160 ff.). Sie sind wie das CIDOC-Institut in Cuernavaca in seiner heutigen Tätigkeit selbst (vgl. HK, März 1969, 115 ff.) Ergebnis einer Konfrontation zwischen dem nordamerikanischen System und den dadurch mitbedingten Abhängigkeitsverhältnissen Lateinamerikas. Da inzwischen durch eine Arbeit von H. von Hentig die Diskussion über Illich auch im deutschen Sprachraum wieder neu in Gang gekommen ist, haben wir Prof. H. H. Deißler (Professor an der Pädagogischen Hochschule in Freiburg und deren mehrjähriger Rektor) um eine kritische Würdigung von Illichs und vor allem von Hentigs eigener Position gebeten.

Viele Denkanstöße und empirische Arbeiten zu Bildungsproblemen kommen aus dem angelsächsischen Sprachraum, die meisten aus den USA. Wir verfolgen mit großem Interesse, was dort in der Bildungstheorie und -praxis geschieht, denn nach einer Erfahrungsregel werden die Konstellationen und Trends der USA wenig später bei uns aktuell sein. Dank Hartmut von Hentig geht es in einem besonderen Fall wahrscheinlich noch schneller als sonst. Er stellte in seinem jüngsten Buch (*Cuernavaca oder: Alternativen zur Schule?* Klett-Kösel, Stuttgart-München 1971, 139 Seiten) den an Bildung und Erziehung interessierten Lesern eine amerikanische Neuerscheinung vor (Deschooling Society, Harper & Row, New York 1970/71), noch ehe sie in deutscher Übersetzung zugänglich war. Jetzt ist sie erschienen: *Ivan Illich, Entschulung der Gesellschaft. Mit einem Vorwort von Hartmut von Hentig*, Kösel, München 1972, 159 Seiten.

Hentig, Professor für Pädagogik an der Universität Bielefeld, engagierter Bildungstheoretiker, Bildungspolitiker und Experimentator, hat im Vorwort recht begeisterte, fast schon pathetische Voraussagen über die Wirkung des Buches gemacht: Es werde ein „Bombenerfolg“ sein; es nenne, „ob Bombe oder Bresche“, den Preis, den wir für Bildungsfortschritt zu zahlen hätten; es sei für die überforderten, überlasteten, verwirrten Lehrer „ein Retter“; es öffne „einen Ausweg — keinen Notausgang, sondern eher eine Porta triumphalis, durch die man gereinigt und gerechtfertigt in die Zitadelle zurückkehrt“. Das liest sich wie ein Klappentext. Die Lesergruppen, die Hentig vermutet, sind die Linken, die Weisen im Lande, Wissenschaftler, Politiker. Er macht sich Sorgen um sie. Jedenfalls möchte er mit seinem Vorwort jenen Lesern, „die bisher anders gedacht haben, ein gutes Gewissen geben, wenn sie sich verstört, betroffen oder mitgerissen fühlen“.

Im eigenen Buch nennt er Illichs Theorie eine „vorläufige und nützliche Denkhilfe“ und wirft dem Verfasser mehrmals Übertreibungen, unzulässige Verallgemeinerungen, einseitige Beschuldigungen vor. Die Diskrepanz zwischen beiden Aussagen ist nicht erklärbar. Jedenfalls eines ist sicher: für die Lehrer kann (und will) Illich kein Retter sein.

Beide Bücher sind interessant und regen zur Auseinandersetzung an. Dem eiligen Leser sei empfohlen, sich das Buch Hentigs vorzunehmen. Er findet dort eine gute Orientierung über Illichs Thesen, liest eine kritische Stellungnahme dazu und wird gleichzeitig über andere Alternativen zur Schule unterrichtet. Außerdem zeigt Hentig deutlich die Gefahren auf, die in der gegenwärtigen Bildungsreform stecken: Überwucherung der Unterrichtstechnologie, der Medienproduktion, der curricularen Systementwürfe, neuer Zwang, neue Überforderung für Lehrer und Schüler, verstärkte Lern-Leistungsschule.

Hentig macht skizzenhaft mit seinem eigenen Modellversuch bekannt, mit dem er die Schule entschulen will. Er nimmt die Fehler der bisherigen Versuche zur Kenntnis und erhebt den Anspruch, bereits die Reform der Reformen einzuleiten.

Mit „entschulten Schulen“ hofft er *systemimmanent* unsere Gesellschaft zu verändern, wenn es ihnen gelingt, die folgenden vier Ziele zu erreichen: a) Herstellung von Chancengleichheit durch Bildung, b) Erziehung zur Selbstbestimmung in der Gemeinschaft, c) Ausstattung des Einzelnen für das Leben in einer veränderten und sich beschleunigt verändernden Welt, d) eine Schule, die die Bedürfnisse der Gesellschaft nicht nur erfüllt, sondern auch kritisiert. Es ist nur zu fragen, ob Aussicht besteht, daß unsere Gesellschaft diese Ziele sich zu eigen macht und mit welchen (sanften) Mitteln man sie dazu bringen kann.

Entschulung der Gesellschaft?

Hentig hat Cuernavaca im Frühjahr 1971 bei einem Kongreß kennengelernt, an dem die „gesamte prominente und radikale Kritikerschaft des amerikanischen Schulsystems“ teilnahm. Es ist zu hoffen, daß Hentig diesen kleinen Versuch mit der großen Theorie nicht überschätzt. Wertvolle weitere Erfahrungen werden wir von dort wie von der Arbeit der Bielefelder Laborschule und Kollegoberstufe jedenfalls erwarten dürfen.

Das zentrale Thema beider Bücher ist das Problem, ob es notwendig sein wird, unsere rationalisierten und durchorganisierten Bildungsinstitutionen, vornehmlich die Schule, abzuschaffen, oder ob eine radikal angesetzte Reform genügt. Illich wie Hentig sehen genau, daß diese Frage nur innerhalb des umfassenderen Problems der Gesellschaft zu beantworten ist. „Entschulung der Gesellschaft“ dort — „Entschulung der Schule“ hier, beide Male handelt es sich um eine *politische* Entscheidung. Illich sieht in der Schule das bedeutendste Instrument der Gesellschaft, das sie benutzt, um die Bürger zu unterdrücken, um Macht und Besitz ihrer Eliten zu zementieren, um Arme arm und Reiche reich bleiben zu lassen. „Die Gesellschaft als Ganzes bedarf der Entschulung“, meint Illich. Denn „jedes einfache Bedürfnis, auf das man eine institutionelle Antwort findet, gestattet es, eine neue Klasse von Armen und eine neue Begriffsbestimmung der Armut zu erfinden“. Die Schule sei aus folgenden Gründen abzuschaffen: a) sie habe Monopolcharakter, b) ihr

unerbittlicher Zwang komme in der Schul- und Bildungspflicht zum Ausdruck, c) sie verkopple Lernprozesse mit Leistungsbewertungen, d) innerhalb des Bildungsganges stufe sie nach fragwürdigen Kriterien auf und ab, e) sie gewähre oder verweigere Berechtigungen für verschiedene Laufbahnen nach einem willkürlichen System, f) sie gebe professionellen Lehrern das Bildungsmonopol, g) sie fixiere die Lernzeit auf Kindheit und Jugend.

Illich formuliert damit ein Revolutionsprogramm. Er kann sich nicht vorstellen, wie sich eine gesellschaftsangepasste Institution am eigenen Schopf aus dem Sumpf der Gesellschaft ziehen soll und überdies in neuer Form die Kraft hätte, die tradierte Gesellschaft zu reinigen und durchsichtig zu machen. Jede durch die Gesellschaft legitimierte, ihr adäquate, und nach eigener, maßgebender Beurteilung auch zweckmäßig-objektive Institution basiert im Wert-Normgefüge der Gesellschaft, zu der sie gehört. Darum kann jede Gesellschaft um ihrer Existenz-erhaltung willen nur repressiv tolerant sein. Sie wird also, solange sie noch funktioniert, ihre Machtmittel einsetzen, um ihr Bildungsinstrumentarium zu verteidigen. Ob es uns paßt oder nicht, die Logik des revolutionären Ansatzes kann man Illich nicht bestreiten.

Hentig lehnt diese Revolution ab. Darüber setzt er sich mit Illich verhältnismäßig kurz auseinander. Hier besteht also zwischen den beiden Reformern ein fundamentaler, politischer Gegensatz. Und deshalb versteht man das emphatische Vorwort nicht so recht. In der Stellungnahme zu einer anarchistischen Alternative sagt Hentig: „Aber die totale Absage an die Institution, der blinde Glaube an die Natürlichkeit der Gemeinschaftsbeziehungen und die absolute Abscheu vor Macht heben die Möglichkeit zur Politik wieder auf . . . ‚Mehr Politik durch mehr Menschen‘, nicht ‚Weniger Institutionen bei kleinen Gruppen‘ — das wäre die Devise, die ich aus der Auseinandersetzung mit den Anarchisten in den Kampf um die Veränderung der Erziehung einbringe.“ Hentigs Gegenthese zu Illichs Revolution ist wenig überzeugend. Wie können in der bestehenden Gesellschaft mehr Menschen mehr Politik „machen“ angesichts unserer hochdifferenzierten, spezialisierten Strukturen? Doch in einer seiner Wirkungsprognosen im Vorwort wird Hentig wohl recht behalten: die Theorien Illichs werden den „Linken“ wie „eine Bestätigung“ vorkommen. Hentig wird sie durch seine schwache Argumentation und seine Beschränkung auf das Problem Schule, ohne das Rahmenthema Gesellschaft wirklich anzupacken, noch einmal in der Überzeugung bestärken, daß sie mit ihrer Revolutions- theorie recht haben.

Wird der Mensch erziehlch?

Hentig fordert mehrmals, man müsse die Gesellschaft „erziehlch“ machen. „Das wird nur durch entschulte Schulen möglich sein: Junge Menschen, die kommende Generation, die die Welt ändern kann und soll, müßte in Annäherung erfahren haben, was ‚Freiheit von Zwang im Rahmen von Notwendigkeiten‘ bedeutet.“

Dieses sehr allgemeine Postulat wirft viele Fragen auf. Warum wird der Auftrag zur Weltveränderung auf die Jugend abgeschoben? Wer soll ihr die kontradiktorische Erfahrung „Freiheit — Notwendigkeit“ in Annäherung vermitteln, wenn es nicht die Erwachsenen tun? Können

diese Glieder der zu überwindenden Gesellschaft derart umdenken? Hentig will es mit der „entschulten Schule“ probieren. Aber sie kann ja erst verwirklicht werden, wenn die Gesellschaft „erzieherisch“ geworden ist: „Wenn die Gesellschaft nicht lernt, daß die erziehlche Schule in der unerziehlchen Welt, genauer, daß die menschenfreundliche Erziehung unter dem Mythos der Freiheit nichts nutzt in einer menschenfeindlichen Umwelt unter dem Mythos des nicht endenden Verbrauchs, dann ist alle Reform der Schule verschwendete Mühe: sie wird nicht einmal die Schule ändern.“ Noch deutlicher widerspricht Hentig in einer anderen Formulierung seinem eigenen Optimismus, der, genau betrachtet, fast blind ist: „Der Anteil der Schule an der Veränderung der Gesellschaft kann jedoch nur gering und indirekt sein; er liegt aber darin, daß die Erwachsenen sich bewußt ändern, um den Kindern falsche Probleme und Ideale zu ersparen.“

Die Gedankengänge Hentigs über den Zusammenhang und die Reihenfolge von Gesellschafts- und Schulveränderung ergeben keinen „Regelkreis“, wohl aber einen klassischen *circulus vitiosus*.

Man kann darüber keine Schadenfreude empfinden, solange es aus diesem Dilemma keinen Ausweg gibt. In bildungspolitischen Diskussionen mit den Verfechtern der vorrangigen allgemeinen Revolution kann man aber ihrer Überzeugung das nicht ganz unbegründete Vorurteil entgegenseetzen: daß das Risiko einer Revolution zu groß ist; nach historischen und zeitgenössischen Erfahrungen ist zu befürchten, daß bei einer Revolution in Industriestaaten die durchrationalisierte, total geplante, leistungs- und profitmaximierte Gesellschaftsstruktur erhalten bleibt; in dieser Hinsicht ist es zweitrangig, wo sich Macht und Kapital kumulieren; zwar ist es wahrscheinlich, daß sich die Umverteilung im ökonomischen Bereich vergrößert, es ist aber sehr zweifelhaft, ob individuelle Selbstbestimmung nach Abschaffung des demokratischen, an Friktionen reichen Pluralismus größere Chancen hat.

Aus diesen Gründen verdienen die Versuche Hentigs und aller Reformier Unterstützung. Seine Kritik an den ins Kraut schießenden Bildungstechnikern, Medienproduzenten und Curricula-Planern ist bitter notwendig. Kommen diese im Spiel zwischen der Weckung von Bedürfnissen und deren einträglicher Befriedigung zum Zuge, dann könnten sie eine neue kalte Welle von leistungsorientierten Zwängen in die Schulen spülen. Dank einer Lebens-erfolg und Aufstieg versprechenden Propaganda scheint es gelungen zu sein, einen großen Teil unserer Eltern sogar zur Auslieferung ihrer fünfjährigen Kinder bereitzumachen — an die noch langehin verschulte Schule.

Keine Alternative

Soweit sich feststellen läßt, hat Hentig gegen diese Expansion der Schule in die frühe Kindheit hinein aber nichts einzuwenden. Wahrscheinlich rechnet er damit, daß die entschulte Schule sich bald durchsetzen wird. Vielleicht hat er seinen Optimismus an dem Illichs gestärkt, der formulierte: „Eine Befreiungsbewegung, die in der Schule anfängt und gleichwohl vom Bewußtsein der Lehrer und Schüler getragen wird, daß sie zugleich Ausbeuter und Ausgebeutete sind, könnte die revolutionäre Strategie der Zukunft ankündigen, denn ein radikales Entschulungsprogramm könnte die Jugend in einer Revolution neuen

Stils einüben, deren es bedarf, um eine Gesellschaftsordnung herauszufordern, die pflichtmäßige «Gesundheit», «Reichtum» und «Sicherheit» kennt.

An solche Möglichkeiten denkt auch Hentig: die Schule als Zentrale der Revolution ohne deren klassischen Mittelgebrauch, auf den Flügeln des Geistes. Der Reform Hentig wendet sich deutlich gegen den Revolutionär Illich. Die Welt ohne Schule könnte nach seiner Meinung für die Kinder und ihre Zukunft noch viel unerträglicher sein als das „Gefängnis“ Schule. An einer anderen Stelle nimmt er seine Kritik an Illich jedoch wieder zurück: „Aber alle diese Einwände sind kleinherzig und reichen nicht an das heran, worum es eigentlich geht: um einen Umbruch, dessen Ausmaß wir noch nicht erfaßt zu haben

scheinen und auf den wir darum immer noch mit zusätzlichen Mitteln, mit ‚Eskalation‘ antworten.“

Die Einwände gegen Illich möchte man voll gelten lassen. Der Umbruch, den wir angeblich noch nicht voll erfaßt haben — ist er schon erfolgt? Wenn wir die Revolution nicht wollen, bleibt uns nichts anderes übrig, als in Mühseligkeit Mittel um Mittel auszuprobieren, diese Mittel verstärkt einzusetzen in den Schulen und anderswo. Ein Drittes gibt es nicht. Im Dienst der Reform möchte man sich nicht zwischen der Welthaltung des Prometheus und des Epimetheus entscheiden wie Illich und Hentig. Reformen werden trotz ihres Engagements sich mit dem Mythos des Sisyphos vertraut zu machen haben.

Hans Herbert Deißler

Kurzinformationen

Die Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) vom 10./11. März 1972 hatte eine äußerst dichte Tagesordnung zu bewältigen. Neben der Wahl des neuen Präsidiums (vgl. ds. Heft, S. 210) wurde eine Reihe von Erklärungen zu politischen Themen verabschiedet: zur Reform des § 218, zur Reform des Familienlastenausgleichs, zur betrieblichen Berufsausbildung und eine Stellungnahme zur Situation an den Hochschulen. Die Erklärung zur *Reform des § 218* nimmt beide Gesetzentwürfe, den der Regierung (Indikationslösung) und den der Gruppe von 50 SPD/FDP-Abgeordneten (Fristenlösung) ins Visier und lehnt in der vorliegenden Form beide ab. Die Fristenlösung, die den Schutz des werdenden Lebens während der ersten drei Monate ganz aufhebt und die Entscheidung über das Leben des Kindes in die „vorrangige“ Verfügungsgewalt der Frau stelle, widerspreche dem fundamentalen Prinzip des Rechtsstaates, „daß in einem Konflikt kein Beteiligter die Lösung entscheidend bestimmen darf“. Aus dem Indikationskatalog des Regierungsentwurfs „strich“ das ZdK sehr energisch die „Notlageindikation“, lehnte aber auch die Ausdehnung der medizinischen auf die medizinisch-soziale Indikation ab, ebenso die genetische und die sog. ethische Indikation. Eine vom ZdK eingesetzte Kommission soll soziale Maßnahmen prüfen und vorschlagen. In der Stellungnahme zum *Familienlastenausgleich* begrüßt das ZdK die Schaffung eines einheitlichen Kindergeldes im Zuge der geplanten Steuerreform und spricht sich einerseits für eine Angleichung der Ausgleichswirkung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten und andererseits für eine einheitliche Gestaltung des Familienlastenausgleichs im Rahmen der Lohn- und Einkommenbesteuerung aus. In 12 Grundsätzen zur *betrieblichen Berufsausbildung* wird u. a. eine drastische Reduzierung der fast 6000 Berufsbilder von anerkannten Lehrberufen, eine schärfere öffentliche Kontrolle der betrieblichen Ausbildung und eine bessere fachliche Qualifizierung der Ausbilder gefordert. In der Stellungnahme zur *Situation an den Hochschulen* — es war das zweite Dokument zum Bereich Hochschule nach der Erklärung des Beirates für Kultur beim ZdK zur Hochschulgesetzgebung am 17. 1. 1972 — wurden Hochschulgesetze einiger Länder kritisiert, in denen entscheidende Regelungen auf politischen Schlagworten beruhen. Das ZdK vermißt auch eine laufende Kontrolle von Experimenten, wandte sich gegen den vielfachen Mißbrauch von „Wissenschaftlichkeit“, gegen ein zu gedehntes Verständnis von Hochschulautonomie. Die zuständigen Politiker und Beamten müßten „ihr Recht zur Kontrolle auch als ihre Pflicht erkennen und davon den notwendigen Gebrauch machen“. In einem Sonderbericht ging Generalsekretär *Kronenberg* auch auf den geplanten *Ausbau eines „Sekretariates der katholischen Kirche in Deutschland“* ein (vgl. ds. Heft, S. 174): Man wolle peinlich darauf achten, „in diesem Fragenkomplex einerseits auch die

geringste Präjudizierung zu vermeiden, andererseits ein Modell zu entwickeln, welches für künftige Entwicklungen im Bereich der Entscheidungs- und Beratungsstrukturen völlig offen ist“. In einem kurzen Rückblick auf seine vierjährige Amtsperiode sprach der scheidende Präsident, Oberbürgermeister *A. Beckel* von Münster, auch das *Pfingsttreffen in Augsburg* bzw. die Reaktion der Bischöfe auf das Treffen kritisch an. Er richtete die „herzliche Bitte“ an die Deutsche Bischofskonferenz, „die Übernahme der Verantwortung für die ökumenische Arbeit nicht als eine Verantwortung für den status quo allein mißzuverstehen“. Die Entscheidung der Vollversammlung für *Mönchengladbach* anstelle des erwarteten Münster als Ort des *Katholikentages 1974* hat zum mindesten im Führungsapparat des ZdK überrascht. Sie wäre ohne rührige Werbung der Stadt Mönchengladbach wohl nicht zustande gekommen.

Die Vorstandsmitglieder der *Arbeitsgemeinschaft der Priester- und Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik (AGP)* haben die Äußerungen deutscher Bischöfe zur Reform der Strafbestimmungen gegen Abtreibung am 6. März in Frankfurt heftig kritisiert. Unmittelbarer Anlaß dazu waren die öffentliche *Verlautbarung der Deutschen Bischofskonferenz* „zur Verantwortung für das ungeborene Leben“ auf ihrer Vollversammlung vom 21. bis 24. Februar 1972 in Freising und Äußerungen des Erzbischofs von Köln, Kardinal *Höffner*. Der AGP-Vorstand sieht in den Argumenten der Bischöfe gegen die Reform des Paragraphen 218 die Absicht der „strafrechtlichen Absicherung christlicher Idealvorstellungen“. Alle Erklärungen der Bischöfe wirkten „unglaublich, solange die katholische Kirchenleitung weithin an ihrer Ablehnung einer Geburtenplanung durch antikonzeptionelle Mittel festhält“. Da eine „restlos befriedigende Lösung der Abtreibungsproblematik ... mit den Mitteln des Strafrechtes“ niemals erreicht werden könne, sollten die Bischöfe ihr Augenmerk mehr auf *soziale* Maßnahmen richten, „die zur Eindämmung der Abtreibungen beitragen könnten“. Die Äußerung Kardinal Höffners, denjenigen Politikern, die „nicht bereit“ seien, „die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens ... zu gewährleisten“, nicht die Stimme zu geben, bezeichnet der AGP-Vorstand als „bischöfliche Wahlpropaganda“. — Den Angriff auf die bischöflichen Verlautbarungen weist das Kommissariat der deutschen Bischöfe bei der Bundesregierung in Bonn scharf zurück. Die Äußerungen der Bischöfe seien keine „leichtfertigen Argumente“, sondern beruhen „auf langjährigen und umfassenden Vorarbeiten“ kompetenter Vertreter aller von der Abtreibungsproblematik berührten Disziplinen. Außerdem könnten sich die Bischöfe „nicht das Recht absprechen und von der Pflicht dispensieren lassen, zu schwerwiegenden Fragen des politischen Lebens ihrem Gewissen entsprechend öffentlich Stellung zu nehmen“. Jene „quantitative Argumentation“, wonach